Bericht und Antrag des Regierungsrats

vom 30. Oktober 2007 an den Landrat

zur Genehmigung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Uri und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt der Nationalstrassen

1. Ausgangslage

Die Umsetzung der NFA bringt im Bereich Nationalstrassen gewichtige Änderungen für den Kanton Uri. Gemäss Artikel 49a des Bundesgesetzes vom 18. März 1960 (NSG) über die Nationalstrassen in der Fassung vom 6. Oktober 2006 ist die Eidgenossenschaft neu allein zuständig für Bau, Unterhalt und Betrieb des Nationalstrassennetzes. Der betriebliche und der projektfreie bauliche Unterhalt sollen jedoch Kantone oder von ihnen gebildete Träger-schaften auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen besorgen. Der Bund legt die Ge-bietseinheiten fest, für welche Leistungsvereinbarungen geschlossen werden sollen. Ge-mäss Vorgaben des Bundes umfasst die Gebietseinheit XI örtlich den Bereich vom Südportal des Gotthardtunnels bis zum Anschluss Beckenried und die A4 bis Anschluss Küssnacht sowie die Gotthardpassstrasse. Neben dem Gebiet des Kantons Uri liegen damit Teilgebiete der Kantone Schwyz und Tessin im Gebiet der Gebietseinheit XI.

Der Kanton Uri übernimmt für die Gebietseinheit XI als federführender Leistungserbringer (Lead-Kanton) gegenüber dem Bund die alleinige Verantwortung und das unternehmerische Risiko. Die Baudirektion hat im Laufe des Jahres 2007 die Verhandlungen mit dem Bundes-amt für Strassen (ASTRA) und mit den Kantonen Schwyz und Tessin geführt und intern die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen vorbereitet, damit der Kanton Uri diese anspruchsvolle Aufgabe im Rahmen eines neu zu schaffenden Amtes für Betrieb National-strassen erfüllen kann.

Der Landrat hat in seiner Session vom 24. bis 26. September 2007 die Gesetzgebung zur Umsetzung der NFA im Kanton Uri zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Er hat damit unter anderem die Rechtsgrundlage geschaffen, die es dem Kanton Uri ermöglicht, sich optimal auf die Änderungen der Zuständigkeiten im Bereich der Nationalstrassen einzu-stellen.

2. Die Leistungsvereinbarung mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Die Rechtsbeziehungen zwischen dem in der Baudirektion des Kantons Uri neu zu schaffenden Amtes für Betrieb Nationalstrassen AfBN und dem Bundesamt für Strassen werden in einem Vertrag (Leistungsvereinbarung) zwischen dem Kanton Uri und der Schweizerischen Eidgenossenschaft geregelt. Die Leistungsvereinbarung ist als Mustervertrag für alle Kantone bzw. Trägerschaften im Rahmen der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK ausgehandelt worden. Innerhalb eines eigens gebildeten Ausschusses hat der Kanton Uri dabei einen wesentlichen Beitrag zu einem für die Kantone insgesamt ausgewogenen Vertragswerk geleistet. Insbesondere ist es gelungen, die vom Bund vorgeschlagenen nachteiligen Bestimmungen für die Kantone – Konventionalstrafe, Garantieverpflichtungen, einseitige Haftung der Betreiber bei Ansprüchen Dritter, keine einseitigen Vertragsänderungen durch den Bund – zu beseitigen und in anderen Punkten – Einfluss des Bundes auf Buchführung, Berichtswesen und Controlling – annehmbare Lösungen zu finden.

Mit der Leistungsvereinbarung überträgt der Bund dem Kanton Uri die Aufgabe, den betrieblichen und den projektfreien (d. h. kleinen) baulichen Unterhalt an den in der Gebietseinheit XI liegenden Nationalstrassen durchzuführen. Bestandteile der Vereinbarung sind im Wesentlichen die Vertragsurkunde selbst und die bereinigte Offerte des Betreibers (Art. 1 und 2). Der betriebliche Unterhalt umfasst unter anderem Winterdienst, Reinigung, Grünpflege, elektronischen Dienst und technischen Dienst. Der projektfreie bauliche Unterhalt betrifft kleinere Arbeiten in den Fachbereichen Fahrbahn/Oberbau, Kunstbauten, bergmännischer Tunnel sowie elektronische Ausrüstung (Art. 3).

Umfassend sind die Leistungen des ASTRA geregelt. Das ASTRA vergütet dem Betreiber seine Leistungen nicht nach einzelnen Leistungskategorien, sondern grundsätzlich in einer globalen Entschädigung, in der neu auch die Kapitalkosten des Betreibers enthalten sind. Die Entschädigung wird jährlich nach einer Gleitpreisformel der Teuerung angepasst (Art. 4). Allfällige Überschüsse können auf neue Rechnung vorgetragen werden, bis sie 10 Prozent der jährlichen Aufwendungen erreichen (Art. 14). Wichtig ist, dass Leistungsänderungen frühzeitig angezeigt werden und schriftlich festgehalten werden müssen (Art. 12). Selbstverständlich hat der Betreiber die Interessen des Auftraggebers Bund zu wahren, die Arbeiten sorgfältig nach dem Stand der Wissenschaft und Technik auszuführen und den Bund über wesentliche Sachverhalte oder Erkenntnisse – zum Beispiel betreffend Naturgefahren – zu informieren. (Art. 5 bis 7).

Dem Betreiber steht es grundsätzlich frei, wie er sich für die Erfüllung seiner Aufgabe organisiert (Art. 8). Er hat jedoch eine Reihe von Pflichten wahrzunehmen wie die Koordination mit

Dritten und die Kommunikation (Art. 8 bis 10), die Buchführung und Rechnungslegung (Art. 14) sowie die Berichterstattung und das Controlling (Art. 16). Zur Deckung von Ansprüchen des Bundes oder Dritter schliesst der Betreiber eine Versicherung ab (Art. 15). Die Bestimmungen über die Nichterfüllung und nicht richtige Erfüllung, über Nachbesserung und Ersatzvornahme sowie die Regelung der Ansprüche Dritter entsprechen üblichem Vertragsrecht. Bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien kann ein Mediator eingesetzt werden (Art. 18 bis 20). Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, er kann unter Berücksichtigung einer 24-monatigen Frist auf den 31. Mai gekündigt werden, erstmals auf den 31. Mai 2014 (Art. 22 und 23).

3. Offertbereinigung

Die im Februar 2007 von der Baudirektion eingereichte Offerte bezifferte die Kosten für die abzugeltenden Leistungen auf 30,234 Mio. Franken. Der Umfang der zu erbringenden Leistungen war damals noch nicht in allen Bereichen genau definiert. In intensiven Analysen und Gesprächen, während derer das Astra verschiedentlich die Rahmenbedingungen und den Umfang der Leistungen verändert hatte, wurde der Umfang der zu erbringenden Leistungen reduziert. Zudem werden einzelne betriebliche Leistungen neu als Massnahme definiert und ausserhalb der globalen Entschädigung finanziert. In der Schlussverhandlung vom 12. September 2007 haben sich die Parteien auf einen global zu vergütenden Betrag von 27,653 Mio. Franken und auf nach Aufwand zu vergütende Leistungen von rund 2,2 Mio. Franken geeinigt. Zusätzlich sind Verhandlungen mit der Astra-Filiale Zofingen über weitere Aufträge im Gange. Solche Aufträge werden separat vereinbart und entschädigt. Damit diese Zusatzaufträge finanzrechtlich korrekt behandelt werden können, wurden die mutmasslichen Auftragssummen ins Budget 2008 vorsorglich aufgenommen. Die globale Entschädigung gilt für fünf Jahre mit der Option einer Anpassung nach Ablauf einer zweijährigen Übergangsfrist. Im Weiteren ist vereinbart worden, dass die Parteien eine Arbeitsgruppe "Effizienzsteigerungen Gotthard" unter Leitung des Baudirektors einsetzen, um Potenziale für längerfristige Optimierungen zu prüfen und umzusetzen.

4. Bedeutung für den Kanton Uri

Ein einwandfreier Betrieb der Nationalstrassen ist für die Volkswirtschaft des Kantons Uri, der in vielfältiger Weise vom Verkehr profitiert und betroffen ist, von erheblicher Bedeutung. Der Kanton hat zudem ein erhebliches Interesse daran, dass die entsprechenden Arbeitsplätze im Kanton Uri erhalten und gesichert werden können. Schliesslich hat der Kanton als Arbeitgeber eine Verpflichtung gegenüber seinen Beschäftigten wahrzunehmen. Die vom Bund zu übernehmende Aufgabe, den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt in

der Gebietseinheit zu gewährleisten, darf den Kanton Uri andererseits finanziell nicht belasten.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Leistungsvereinbarung und zur Offertbereinigung bietet auch nach Beurteilung der bei gezogenen Experten eine gute Ausgangslage für den Kanton Uri, einen qualifizierten und betriebswirtschaftlich erfolgreichen Betrieb gewährleisten zu können. Die Offerte ist für die Gebietseinheit finanziell verkraftbar. In der mittel- und langfristigen Entwicklung wird das neue Amt für Betrieb Nationalstrassen angesichts des von Seiten des Bundes zu erwartenden Kostendrucks vor anspruchsvolle Aufgaben gestellt werden. Mit der von Artikel 7b Strassengesetz vorgegebenen neuen Struktur ist das Amt für diese Aufgabe gut gerüstet. Dies und die Leistungsvereinbarung mit dem Bund ermöglichen es, die durch die NFA ausgelösten Veränderungen in der Baudirektion ohne Entlassungen umzusetzen. Das neue Amt für Betrieb Nationalstrassen wird 111,3 Mitarbeitende beschäftigen, die zur Hauptsache vom Amt für Tiefbau, aber auch von den Tiefbauämtern der Kantone Schwyz, Tessin und Nidwalden übernommen werden.

Antrag des Regierungsrats

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Uri und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt der Nationalstrassen wird genehmigt.

Anhang

Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Uri und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalt der Nationalstrassen

**Leistungsvereinbarung
über den betrieblichen Unterhalt, den projektfreien baulichen Unterhalt
auf den Nationalstrassen und ihren Bestandteilen und den Objekten nach Unterhalts-
und Betriebsperimeter in der Gebietseinheit XI
(nachfolgend Vereinbarung)**

zwischen der

Schweizerischen Eidgenossenschaft

handelnd durch das

Bundesamt für Strassen (nachfolgend ASTRA)

und dem

Kanton Uri, handelnd durch den Regierungsrat, vertreten durch die Baudirektion Uri als
Betreiber der Gebietseinheit XI (nachfolgend Betreiber).

Präambel	3
1 Gegenstand der Leistungsvereinbarung	3
2 Vertragsgrundlagen und Rangfolge	3
3 Leistungen des Betreibers	4
4 Leistungen des ASTRA	4
5 Sorgfaltspflicht des Betreibers	6
6 Informationspflicht	6
7 Anzeige- und Abmahnungspflicht des Betreibers	6
8 Organisation	6
9 Koordination	7
10 Stellvertretung	7
11 Kommunikation	7
12 Leistungsänderungen	7
13 Schadenverhütungs- oder Schadenminderungspflicht	8
14 Buchführung und Rechnungslegung	8
15 Versicherung	8
16 Controlling / Berichterstattung	9
17 Haftung für Nichterfüllung und nicht richtige Erfüllung	9
18 Nachbesserung und Ersatzvornahme	9
19 Regelung der Ansprüche Dritter	10
20 Streitigkeiten zwischen Bund und Betreiber	10
21 Überprüfung und Änderung der Vereinbarung und ihrer Anhänge	10
22 Dauer	11
23 Kündigung	11
24 Liste der Anhänge	11
25 Genehmigungsvorbehalt	11
26 Inkrafttreten	11

Gestützt auf

- Artikel 83 Absatz 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101)
- Artikel 49a und Artikel 60 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen vom 8. März 1960 (NSG; SR 725.11)
- Artikel 7a des Strassenbaugesetzes des Kantons Uri vom 2. Mai 1971 (SBG; RB 50.1111)

schliessen das Bundesamt für Strassen und der Betreiber nachfolgende Vereinbarung ab.

Präambel

Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen am 1. Januar 2008 ist der Bund Eigentümer der Nationalstrassen. Der Bund ist alleine zuständig für den Ausbau des beschlossenen Nationalstrassennetzes, die Erweiterung des Nationalstrassennetzes durch Aufnahme neuer Strecken, den Unterhalt und den Betrieb des Nationalstrassennetzes.

Die Ausführung des betrieblichen und des projektfreien baulichen Unterhalts sollen Kantone oder von diesen gebildete Trägerschaften auf der Grundlage dieser Leistungsvereinbarung besorgen. Das ASTRA behandelt alle Betreiber gleich.

1 Gegenstand der Leistungsvereinbarung

Der Bund überträgt den betrieblichen Unterhalt und den projektfreien baulichen Unterhalt an den in der Gebietseinheit XI liegenden Nationalstrassen und ihren Bestandteilen sowie den Objekten nach dem Unterhalts- und Betriebsperimeter auf den Betreiber und vergütet diesen dafür.

Veränderungen am Umfang der in der Gebietseinheit XI liegenden Nationalstrassen und ihren Bestandteilen sowie den Objekten nach dem Unterhalts- und Betriebsperimeter (Erweiterung oder Reduktion) werden umgehend von dieser Vereinbarung erfasst. Die Anhänge sind entsprechend anzupassen, insbesondere hinsichtlich Vergütung.

2 Vertragsgrundlagen und Rangfolge

Bestandteile der Vereinbarung sind in nachstehender Reihenfolge:

- die vorliegende Vertragsurkunde mit ihren Anhängen,
- die bereinigte Offerte des Betreibers,
- die im Anhang XI aufgeführten Weisungen des ASTRA und Normen.

Überall dort, wo keine ausdrückliche Regelung erfolgt, sind die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht; SR 220) sinngemäss anwendbar.

3 Leistungen des Betreibers

3.1 Betrieblicher Unterhalt

Der betriebliche Unterhalt auf den Nationalstrassen, ihren Bestandteilen und den Objekten nach Unterhalts- und Betriebsperimeter beinhaltet Leistungen gemäss den Anhängen, insbesondere Winterdienst, Reinigung, Grünpflege, elektronischen Dienst, technische und andere Dienste.

3.2 Projektfreier baulicher Unterhalt

Der projektfreie bauliche Unterhalt auf den Nationalstrassen, ihren Bestandteilen und den Objekten umfasst – gemäss Unterhalts- und Betriebsperimeter – die vier Fachbereiche: Fahrbahn / Oberbau, Kunstbauten, bergmännische Tunnel und elektronische Ausrüstung.

3.3 Einzelheiten

Die Einzelheiten der Leistungen des Betreibers (insbesondere Umfang und Qualität) sowohl für den betrieblichen wie für den projektfreien baulichen Unterhalt sind nachfolgend und in den Anhängen zu dieser Vereinbarung geregelt.

4 Leistungen des ASTRA

4.1 Vergütung

Das ASTRA vergütet dem Betreiber seine Leistungen für den betrieblichen und den projektfreien baulichen Unterhalt auf den Nationalstrassen und ihren Bestandteilen und den Objekten nach Unterhalts- und Betriebsperimeter.

4.2 Grundsatz

Die Leistungen des Betreibers werden grundsätzlich mit einer Gesamtglobalen vergütet. Vorbehalten bleiben vereinbarte Leistungen mit Vergütung nach Aufwand beziehungsweise nach effektiven Kosten.

4.3 Mehrwertsteuer

Der Betreiber darf Fremdleistungen nur erbringen, soweit dadurch nicht die Leistungen gemäss dieser Vereinbarung mehrwertsteuerpflichtig werden.

4.4 Teuerung

Die globale Vergütung und die im Voraus vereinbarten Ansätze für die Entschädigung unterliegen der Teuerung nach der im Anhang XI vorgegebenen Gleitpreisformel. Die globale Vergütung und die Ansätze werden jährlich angepasst.

4.5 Unvorhersehbare Leistungen

Die Kosten für unvorhersehbare Leistungen wie beispielsweise bei der Ereignisbewältigung (Lawinen, Steinschlag usw.) werden separat und nach Aufwand vergütet.

4.6 Zahlungsmodus für global vergütete Leistungen

Für die global vergüteten Leistungen sowie für den Projektierungs- und Reparaturanteil des projektfreien baulichen Unterhalts erhält der Betreiber monatliche Akontozahlungen in der Höhe von $8 \frac{1}{3}$ Prozent des Totals der globalen Vergütung. Die Zahlung erfolgt in der ersten vollen Woche des Monats. Unbestrittene oder mit dem Betreiber bereinigte Gegenforderungen des ASTRA können jeweils verrechnet werden.

4.7 Rechnungsstellung und Zahlungsmodus für nach Aufwand vergütete Leistungen

Der Betreiber stellt monatlich für die nach Aufwand vergüteten Leistungen Rechnung. Die Zahlung erfolgt 45 Tage nach Einreichung der Rechnung.

4.8 Betriebsstandorte

Die Betreiber sorgen selber für die Betriebsstandorte (Werkhöfe, externe Stützpunkte und Salzlager).

Auf Antrag des Betreibers stellt das ASTRA vorhandene Betriebsstandorte während einer Übergangsphase von zwei Jahren, d. h. bis zum 31. Dezember 2009, unentgeltlich zur Verfügung.

Anschliessend vermietet das ASTRA dem Betreiber auf dessen Antrag vorhandene Betriebsstandorte.

4.9 Festlegen der Standards

Das ASTRA legt die schweizweit geltenden Standards fest und ist für die Information der Betreiber sowie die entsprechenden Anpassungen verantwortlich.

5 Sorgfaltspflicht des Betreibers

Der Betreiber wahrt die Interessen des Bundes. Er verpflichtet sich, den betrieblichen und den projektfreien baulichen Unterhalt auf den Nationalstrassen, ihren Bestandteilen und den Objekten nach Unterhalts- und Betriebsperimeter sachkundig, sorgfältig sowie nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und der Technik und entsprechend den in Anhang XI genannten Weisungen und Normen des ASTRA auszuführen.

6 Informationspflicht

Der Betreiber informiert das ASTRA über die alle ihm bekannten Umstände, welche für den Bund als Eigentümer der Nationalstrassen von Bedeutung sein könnten. Er weist das ASTRA insbesondere auf mögliche Naturgefahren hin.

Das ASTRA informiert den Betreiber über alle ihm bekannten Umstände, die für eine vereinbarungskonforme Erfüllung notwendig sind.

7 Anzeige- und Abmahnungspflicht des Betreibers

Der Betreiber hat Umstände, welche die vereinbarungsgemässe Erfüllung dieser Vereinbarung gefährden, dem ASTRA unverzüglich anzuzeigen.

Unterlässt der Betreiber diese Anzeige, so gehen allfällige nachteilige Folgen zu seinen Lasten, es sei denn, das ASTRA habe von diesen Umständen auch ohne Anzeige nachweisbar Kenntnis gehabt oder trotz rechtzeitiger Anzeige keine entsprechenden Vorsichtsmassnahmen ergriffen.

8 Organisation

8.1 Grundsatz

Der Betreiber kann sich, soweit es diese Vereinbarung und ihre Anhänge nicht anders bestimmen, für die Erledigung des betrieblichen und des projektfreien baulichen Unterhalts selbstständig organisieren.

8.2 Beizug Dritter

Der Betreiber kann für die Erledigung einzelner Leistungen und Tätigkeiten des betrieblichen und projektfreien baulichen Unterhalts Dritte (Hilfspersonen) beiziehen oder die Erledigung des betrieblichen und den projektfreien baulichen Unterhalt an Dritte übertragen.

Die Dritten gelten als Hilfspersonen im Sinne von Artikel 101 des Obligationenrechts. Artikel 399 Absatz 2 des Obligationenrechts wird wegbedungen.

9 Koordination

Der Betreiber koordiniert seine Tätigkeiten selbstständig mit Dritten wie beispielsweise den Betreibern von andern Gebietseinheiten, der Polizei, den Schadenwehren und den Verantwortlichen für das Verkehrsmanagement, sowie dies für die sachgerechte Erfüllung der Vereinbarung notwendig ist. Vorbehalten bleiben speziell geregelte Koordinationspflichten dieser Vereinbarung oder deren Anhänge.

10 Stellvertretung

Der Betreiber nimmt die in Anhang XI genannten Eigentümerrechte als Stellvertreter des Bundes wahr. Ansonsten kann der Betreiber für den Bund nur dann rechtsgeschäftlich verbindliche Erklärungen abgeben, wenn das ASTRA ihm dazu eine schriftliche Befugnis erteilt.

11 Kommunikation

11.1 Grundsatz

Der Betreiber informiert Dritte selbstständig über den betrieblichen und den projektfreien baulichen Unterhalt. Er bringt dem ASTRA die jeweilige Information zur Kenntnis.

11.2 Ausnahme

In Ereignisfällen erfolgt die Kommunikation gemäss den Vorgaben des Anhangs XI.

12 Leistungsänderungen

12.1 Grundsatz

Das ASTRA kann mit angemessener Vorlauffrist geringfügige Leistungsänderungen verlangen (Minder- oder Mehrleistungen). Der Betreiber hat diese zu akzeptieren, sofern der Gesamtcharakter der zu erbringenden Leistung gewahrt bleibt.

12.2 Schriftlichkeit

Die Leistungsänderung und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung schriftlich festgehalten.

12.3 Vergütung

Der Vergütungsmodus für die Mehrleistung erfolgt analog der ursprünglichen Leistung entweder nach Aufwand oder global (zuzüglich einer allfälligen Teuerung).

Im Falle einer Minderleistung hat der Betreiber keinen Anspruch auf Schadloshaltung (entgangener Gewinn).

13 Schadenverhütungs- oder Schadenminderungspflicht

Der Betreiber ist verpflichtet, sämtliche Massnahmen zu ergreifen, um dem ASTRA oder Dritten drohenden Schaden zu vermeiden oder zu vermindern oder bereits eingetretenen Schaden zu vermindern. Das ASTRA verpflichtet sich, die durch angemessene Massnahmen entstandenen Mehrkosten zu vergüten.

Sofern möglich, hat der Betreiber das ASTRA vorgängig zu informieren und gemäss dessen Anweisungen zu handeln.

Ist eine vorgängige Information nicht möglich, hat der Betreiber nachträglich einen schriftlichen Bericht über die Ursachen und die getroffenen Massnahmen einzureichen.

14 Buchführung und Rechnungslegung

Der Betreiber hat nach vereinbarten Grundsätzen eine Bilanz, eine Erfolgsrechnung sowie eine Kosten-Leistungsrechnung zu führen.

Der Betreiber soll allfällige Überschüsse auf neue Rechnung übertragen, bis sie 10 Prozent der jährlichen Aufwendungen erreichen.

15 Versicherung

Der Betreiber hat sich zur Deckung allfälliger Ansprüche des Bundes oder Dritter ausreichend zu versichern.

16 Controlling / Berichterstattung

16.1 Grundsatz

Dem ASTRA steht für die Betriebsergebnisse 2008 und 2009 jederzeit ein Einsichts- und Auskunftsrecht über den betrieblichen und den projektfreien baulichen Unterhalt sowie die Bilanz, die Erfolgsrechnung und die Kosten-Leistungsrechnung zu. Das ASTRA kann Stichprobenkontrollen durchführen.

16.2 Quartalsberichte

Der Betreiber erstattet dem ASTRA 2008 und 2009 vierteljährlich und danach halbjährlich nach dessen Vorgaben Bericht. Die Quartalsberichte sind bis zum 15. des ersten Monats des nächsten Quartals einzureichen. Die Einzelheiten sind in den Anhängen zu dieser Vereinbarung geregelt.

17 Haftung für Nichterfüllung und nicht richtige Erfüllung

Für Nichterfüllung oder nicht richtige Erfüllung dieser Vereinbarung haftet der Betreiber.

Die Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechts sind sinngemäss anwendbar, wobei ausserordentliche Kündigungs- oder Rücktrittsrechte wegen Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung ausgeschlossen sind.

Der Betreiber haftet gegenüber dem Bund auch für Schäden, welche Dritte wegen Nichterfüllung oder nicht richtige Erfüllung entstanden sind.

18 Nachbesserung und Ersatzvornahme

18.1 Nachbesserung

In Anhang XI zu dieser Vereinbarung ist festgehalten, ob bei Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung für den Betreiber die Möglichkeit der Nachbesserung besteht und innert welcher Frist diese zu erfolgen hat.

18.2 Ersatzvornahme

Erbringt der Betreiber trotz Mahnung und Ansetzung einer angemessenen Frist die Nachbesserung nicht oder nicht gehörig, so kann das ASTRA auf Kosten des Betreibers die Ersatzvornahme anordnen. Diese Kosten werden mit der Vergütung verrechnet, die dem Betreiber aufgrund dieser Vereinbarung zusteht.

19 Regelung der Ansprüche Dritter

19.1 Ansprüche Dritter gegenüber dem Betreiber

Der Betreiber führt die gerichtlichen und aussergerichtlichen Verhandlungen, soweit sich Ansprüche Dritter gegen ihn als Betreiber richten, mithin die Aufgabe und Tätigkeiten des Betreibers betreffen. Der Betreiber trägt den allfälligen Schaden.

Stützt sich der Dritte bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf ein zwischen ihm und dem Betreiber bestehendes Vertragsverhältnis, obliegt die Regelung dieser Ansprüche dem Betreiber.

19.2 Ansprüche Dritter gegenüber dem Bund

Das ASTRA führt die gerichtlichen und aussergerichtlichen Verhandlungen, soweit sich Ansprüche Dritter gegen den Bund richten, beispielsweise in seiner Eigenschaft als Eigentümer der Nationalstrassen. Der Bund trägt den allfälligen Schaden, unter Vorbehalt eines Rückgriffes auf den Betreiber.

Das ASTRA setzt den Betreiber unverzüglich über derartige Ansprüche in Kenntnis, informiert ihn laufend über die Verhandlungen und gibt ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Das ASTRA kann die Verhandlungsführung an den Betreiber delegieren. Dieser ist verpflichtet, das ASTRA laufend über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Stellt sich im Verlauf der Verhandlungen heraus, dass die Ansprüche nicht ausschliesslich mit dem Betreiber zusammenhängen können, so übernimmt wieder das ASTRA die Verhandlungsführung.

Das ASTRA schliesst im Einvernehmen mit dem Betreiber allfällige Entschädigungsvereinbarungen ab.

20 Streitigkeiten zwischen Bund und Betreiber

Das ASTRA und der Betreiber legen Streitigkeiten nach Möglichkeit durch Verhandlungen bei. Kommt keine Einigung zustande, kann ein Mediator beigezogen werden. Im Übrigen ist das Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz; SR 173.32) anwendbar.

21 Überprüfung und Änderung der Vereinbarung und ihrer Anhänge

Diese Vereinbarung inkl. Anhänge kann nur in beidseitigem Einvernehmen und schriftlich geändert werden.

Auf den 1. Januar 2010 werden die Vereinbarung und ihre Anhänge überprüft und gegebenenfalls angepasst. Im Hinblick auf eine kostengünstigere Aufgabenerfüllung ab diesem Zeitpunkt verpflichten sich die Parteien:

- während der zweijährigen Übergangsphase sämtliche Leistungen zu überprüfen und insbesondere das Geschäftsmodell, die Prozesse, die Infrastrukturen (z. B. Betriebsstandorte) und den Personalbestand eingehend zu analysieren
- die gewonnenen Kenntnisse umzusetzen, d. h. alle Massnahmen zu ergreifen, die Effizienzgewinne bewirken.

Ab 2010 werden die Vereinbarung und ihre Anhänge alle fünf Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst.

22 Dauer

Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

23 Kündigung

23.1 Zeitpunkt und Kündigungsfrist

Die Vereinbarung und ihre Anhänge können von jeder Vertragspartei unter Berücksichtigung einer 24-monatigen Kündigungsfrist auf den 31. Mai gekündigt werden.

23.2 Erste Kündigungsmöglichkeit

Erstmals können die Vereinbarung und ihre Anhänge auf den 31. Mai 2014 gekündigt werden.

24 Liste der Anhänge

Die Anhänge liegen bei der Baudirektion Uri (A4-Ordner).

25 Genehmigungsvorbehalt

Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung durch den Landrat des Kantons Uri.

26 Inkrafttreten

Die Vereinbarung und ihre Anhänge treten auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen in Kraft.

Altdorf / Ittigen,

Bundesamt für Strassen
Jürg Röthlisberger, Vizedirektor

Für den Kanton Uri
Markus Züst, Baudirektor

Anhänge

Die Anhänge liegen bei der Baudirektion Uri (A4-Ordner)